



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 2. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. August 2022, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende

Hauke Göttisch (CDU)

Andrea Tschacher (CDU), i. V. von Volker Nielsen

Seyran Papo (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Uta Wentzel (CDU)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birte Pauls (SPD)

Marc Timmer (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW), i. V. von Jette Waldinger-Thiering

Weitere Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung des Ministers für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz (MLLEV), Werner Schwarz, und der Staatssekretärin Anne Benett-Sturies	4
2.	Bericht der Landesregierung und der Landtagspräsidentin über die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas	6
	Antrag des Abgeordneten Timmer (SPD) Umdruck 20/33	
3.	Mündlicher Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze, insbesondere mit Fokus auf der Situation von Grenzpendlern und Familien	15
	Antrag der Fraktion des SSW Umdruck 20/69	
4.	Benennung der Ständigen Vertreterin oder des Ständigen Vertreters im Dialogforum Norden (DFN)	18
5.	Entwurf des Terminplans für das zweite Halbjahr 2022	19
	Umdruck 20/18	
6.	Verschiedenes	20

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung des Ministers für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz (MLLEV), Werner Schwarz, und der Staatssekretärin Anne Benett-Sturies

Der Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, Herr Schwarz, stellt sich dem Ausschuss vor. Bis 2018 habe er einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb geführt. Seine Ämter als Landesvorsitzender im Bauernverband und Vizepräsident im Deutschen Bauernverband habe er zum 28. Juni 2022 niedergelegt und sei am 29. Juni zum Minister berufen worden.

Staatssekretärin Benett-Sturies stellt ihren beruflichen Werdegang in der Landesverwaltung dar. Sie streicht heraus, Schleswig-Holstein sei ein Land des ländlichen Raumes. Die Rahmenbedingungen für dessen Entwicklung würden oftmals auf europäischer Ebene bestimmt.

Abgeordneter Dr. Garg bittet darum, das 100-Tage-Programm im Hinblick auf die Europapolitik der Landesregierung zu skizzieren. – Minister Schwarz weist auf die Veranstaltung „Baltic Sea Region Future Forum“ hin, die noch von seinem Vorgänger initiiert, aber aufgrund der Pandemie zweimal verschoben worden sei. Nun finde sie am 25. und 26. August 2022 statt. Die Veranstaltung werde in der „Kieler Erklärung“ der Landesregierung münden (hierzu: [Umdruck 20/179](#)). Die Landesregierung erhoffe sich davon eine Verstetigung der Diskussionen auf Ebene der Anrainerstaaten. Minister Schwarz unterstreicht, dass er die Arbeit aufnehmen und sich mit den in Europa relevanten Punkten befassen werde. Das Ministerium befinde sich derzeit im Aufbau einschließlich einer Neustrukturierung von Abteilungen.

Abgeordneter Dr. Garg äußert Unverständnis dafür, dass es zu einer Kabinettsklausur, die an den beiden vergangenen Tagen stattgefunden habe, keine Pressekonferenz gegeben habe. Er erkundigt sich nach den Vorstellungen der Landesregierung von den europapolitischen Schwerpunkten der nächsten fünf Jahre und erwähnt das Beispiel einer europäischen Arzneimittelstrategie.

Der Europaminister führt an, das Europaministerium werde zunächst die nachbarschaftliche Zusammenarbeit in Angriff nehmen, und hebt die Bedeutung der dänischen Nachbarregion und des STRING-Projekts zur Errichtung einer Wasserstoffroute von Hamburg bis Oslo hervor.

Abgeordnete Pauls bittet um eine Begründung, warum der Dänemark-Bevollmächtigte der Landesregierung und der Staatskanzlei zugeordnet sei und nicht dem Europaministerium. – Minister Schwarz erklärt, der Dänemark-Koordinator habe seine Geschäftsstelle mit einer Assistenz in der Europaabteilung des Europaministeriums. An die Staatskanzlei sei er über die Minderheitenpolitik angebunden.

2. Bericht der Landesregierung und der Landtagspräsidentin über die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas

Antrag des Abgeordneten Timmer (SPD)
[Umdruck 20/33](#)

Landtagsdirektor Prof. Dr. Schliesky berichtet in Vertretung der Landtagspräsidentin, die Konferenz zur Zukunft Europas solle durch die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu einer zukunftsfähigen Gestaltung der Europäischen Union beitragen. Das Anliegen des Projekts sei in einer Zeit des Vertrauensverlusts in politische Institutionen besonders bedeutsam.

Der Europaausschuss der vergangenen Wahlperiode habe, auch auf Anregung des damaligen Landtagspräsidenten Schlie, am 10. November 2021 mit einer Reihe europapolitisch relevanter Akteure eine mündliche Anhörung durchgeführt. Daraus sei ein Entschließungsantrag, [Drucksache 19/3553](#), hervorgegangen und vom Landtag beschlossen worden. Der Beschluss sei nebst den Materialien aus der Anhörung an die europäischen Institutionen übermittelt worden, an den gemeinsamen Vorsitz des Exekutivausschusses und den gemeinsamen Vorsitz der Konferenz zur Zukunft Europas. Ergänzend seien auch die schleswig-holsteinischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Landtagspräsidentenkonferenz (LPK) informiert worden. Das Verfahren in Schleswig-Holstein habe als Vorbild gewirkt; nicht in allen Bundesländern habe es einen so intensiven Prozess zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gegeben.

Die Kommission habe die Bedeutung des schleswig-holsteinischen Beitrags in einem Schreiben vom 19. April 2022 betont ([Umdruck 19/7422](#)). Es sei in der Tat ein wichtiger Aspekt in der parlamentarischen Diskussion des Hauses gewesen, in dem europäischen Mehrebenensystem die Rolle des Landesparlaments als Mittler zwischen lokalen und regionalen Akteuren einerseits und der europäischen Ebene andererseits bewusst aktiv wahrzunehmen, um Europapolitik unmittelbar und sichtbar zu gestalten.

Auch die LPK habe in ihrer Europaerklärung vom 24. Januar 2022 und ihrer Erklärung vom 21. Juni 2022 zum Abschlussbericht zur Konferenz die Bedeutung der Konferenz zur Zukunft Europas hinsichtlich der stärkeren Mitwirkung und direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Regionalparlamente am „Projekt Europa“ hervorgehoben. Die LPK habe ihre Position der Kommission übermittelt und sei in einen Dialog eingetreten. In einem Schreiben vom 5. Juli 2022 habe Vizekommissionspräsidentin Šuica an die LPK die Bedeutung partizipativer

Prozesse als Ergänzung zu den bestehenden demokratischen Strukturen betont. An einem weiteren Schreiben vom 18. Juli 2022, [Umdruck 20/97](#), werde deutlich, was sich auch in zwei Diskussionen mit der Vizekommissionspräsidentin und der LPK unter Vorsitz Schleswig-Holsteins vermittelt habe, nämlich, dass die Kommission eher direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen. Das wiederholte Angebot der Regionalparlamente hier vor dem Hintergrund der Kenntnis regionaler Besonderheiten als Mittler zu wirken, sei deutlich zurückgewiesen worden.

Die LPK habe sich über den Ausschuss der Regionen (AdR) im vergangenen Jahr erfolgreich für Sitze in der Konferenz zur Zukunft Europas eingesetzt, um regionale Sichtweisen einzubringen. Die Landesparlamente seien in der Plenarversammlung der Konferenz durch die bayerische Landtagspräsidentin Aigner und die baden-württembergische Landtagspräsidentin Arras vertreten worden. Ein Sitz für die Landesparlamente sei überhaupt erst durch erfolgreiche Verhandlungen des Schleswig-Holsteinischen Landtags mit dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen während des schleswig-holsteinischen Vorsitzes der LPK erreicht worden.

Die Forderung, die sich aus der Konferenz zur Zukunft ergebe, lasse sich so zusammenfassen, dass die EU effizienter, stärker und demokratischer werden müsse. Landtagsdirektor Prof. Dr. Schliesky fügt hinzu, dass die Zukunft Europas nicht zuletzt durch die Landesparlamente föderal und unter Beachtung des Subsidiaritätsgedankens gestaltet werden müsse. Deshalb sei die Sichtbarkeit der EU und der Europapolitik gerade auf Landesebene unter Beteiligung der Regionalparlamente sicherzustellen. Zugleich dürften die Kompetenzen der regionalen Ebenen und damit auch die Befugnisse der Landesparlamente im Sinne einer realen Subsidiarität nicht „überstaatlichem Vereinigungsstreben“ geopfert werden.

Der Landtagsdirektor geht auf die Punkte aus der Entschließung des Landtags, [Drucksache 19/3553](#), ein, die sich in den durch die Konferenz verabschiedeten Vorschlägen wiederfinden. Er zählt die Themenbereiche der Ergebnisse der Konferenz für die Zukunft Europas auf, für die konkrete Ziele und mehr als 320 Maßnahmen formuliert worden seien, zu denen die EU-Institutionen Folgemaßnahmen ergreifen sollten. Es fänden sich nahezu alle 48 Einzelpositionen aus der Entschließung des Landtags wieder. Dass entsprechende Überlegungen sich auch in den europäischen und nationalen Bürgerforen und der Onlineplattform der Konferenz wiederfinden, zeige, dass der Europaausschuss mit seinen Vorschlägen gut die Themen herausgearbeitet habe, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtige Anliegen auf europäischer Ebene

seien. Diese Themen gelte es kontinuierlich weiterzuverfolgen. Ein weiterer Erfolg des Prozesses sei, dass Schleswig-Holstein sich als Regionalparlament sehr sichtbar gegenüber den Organen der EU positioniert habe.

Der Blick auf die Minderheiten finde sich im Abschlussbericht der Konferenz zu schwach wieder. Es fehle eine Verknüpfung mit den Zielen der Minority SafePack Initiative. Der Gedanke einer stärkeren Berücksichtigung der Minderheiten bei den Planungen regionaler Behörden und die Gleichstellungsstrategie seien ebenso wenig aufgenommen worden wie die Forderung, Geoblocking zu verhindern. Der Vorschlag seitens Schleswig-Holsteins zur Erweiterung der Grundrechte der EU um das Recht auf eine gesunde und geschützte Umwelt und das Recht auf digitale Selbstbestimmung sei nicht direkt aufgegriffen worden.

Besonders erwähnenswert sei der durch die Konferenz zur Zukunft Europas aufgenommene Vorschlag eines Initiativrechts des Europäischen Parlaments im Bereich der Gesetzgebung der EU und der Kompetenz zur Entscheidung über den Haushalt der EU durch das Europäische Parlament. Es handele sich um einen wichtigen und lange geforderten Schritt zur besseren Verwirklichung der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene.

Wichtig sei darüber hinaus, dass nach erster Einschätzung eine Reihe von Vorschlägen, die durch das Konferenzplenum verabschiedet worden seien, eine Änderung der Europäischen Verträge erfordern werde. Dies betreffe entweder eine institutionelle Reform oder die Übertragung neuer Kompetenzen in den Bereichen Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Steuern und Energie.

Am 4. Mai 2022 habe das Europäische Parlament mehrheitlich im Lichte der angenommenen Vorschläge eine Entschließung eingebracht, in der eine Reform der Europäischen Verträge und zu diesem Zweck die Einberufung eines Konvents durch Aktivierung des Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union vorgesehenen Verfahrens zur Änderung der Verträge gefordert werde. Das Parlament habe seinen Ausschuss für konstitutionelle Fragen aufgefordert, das erforderliche Verfahren einzuleiten, stoße damit aber im Rat nicht auf Gegenliebe. Die überwiegende Zahl der Mitgliedstaaten wolle eine Vertragsrevision derzeit nicht auf die Agenda setzen.

Die Forderung nach Vertragsänderungen für EU-Reformen finde sich in der Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtags wieder. Auch in der Erklärung der LPK vom 21. Juni 2022

würden die Einleitung eines Konvents und einer Debatte über mögliche Vertragsänderungen unterstützt.

Die Bedeutsamkeit der Konferenz für die Zukunft Europas zur zukunftsfähigen Gestaltung der EU mit Hilfe der aktiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hänge davon ab, dass die in der Konferenz erarbeiteten Gedanken ernsthaft weiter verfolgt und wirksame Folgemaßnahmen sichtbar würden. Der EU-Gipfel vom 23. Bis 24. Juni 2022 habe betont, dass die EU-Organen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und in Einklang mit den Verträgen für eine Umsetzung zu sorgen hätten. Das Gelingen eines konkreten „Follow-up“ unter aktiver Einbindung der Regionalparlamente sei ein entscheidender Punkt, damit Europapolitik näher an die Bürgerinnen und Bürger herangetragen werde. Die Bilanz der Konferenz gemischt insofern, als sowohl der Folgeprozess als auch die Einbindung der Regionalparlamente weiterhin unklar und ihre Wertschätzung durch die EU-Kommission eher gering seien.

Die Ergebnisse der Konferenz würden teilweise durch den tschechischen Ratsvorsitz umzusetzen sein, so der Landtagsdirektor. Dies solle im Rahmen eines Botschaftergesprächs im Schleswig-Holsteinischen Landtag und eines Länderabends Tschechien mit dem tschechischen Botschafter Tomáš Kafka erörtert werden.

Abgeordnete von Kalben nennt es einen „hehren Anspruch“, wenn die Landesparlamente sich als Mittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern verstehen wissen wollten. Sie fragt nach Überlegungen, wie sich diese Rolle verstärken lasse. Nur wenn die Länder aktiver dafür sorgten, dass Bürgerinnen und Bürger die EU verstünden, werde die EU die Rolle der Region als Schnittstelle akzeptieren.

Der Landtagspräsident betont, dass alle Landesparlamente und der Bundestag mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Brüssel präsent seien. Herr Diedrichsen sei für den Schleswig-Holsteinischen Landtag in Brüssel. Zwischen den Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebe es einen Austausch und regelmäßige Treffen. Sie stünden in direktem Dialog mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission sowie dem AdR. Die regionale Ebene werde in Brüssel nur wahrgenommen, indem sie auch vor Ort präsent sei. Gleichzeitig habe es einen Zusammenschluss der Parlamente auf der Ebene der Landtagspräsidentenkonferenz und der Landtagsdirektorenkonferenz (LDK) gegeben. Die LPK sei einmal im Jahr mit einer zusätzlichen Konferenz in Brüssel präsent, um hochrangig mit der Kommission in den direkten Dialog einzutreten.

Umgekehrt würden immer wieder Vertreterinnen und Vertreter der EU vonseiten der regionalen Ebene eingeladen. Es gebe einen regelmäßigen Austausch mit dem Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. Hinzu komme der regelmäßige Kontakt mit Europaabgeordneten, der auch im Europaausschuss stattfindet. Für Schleswig-Holstein gelte, und das innerhalb Deutschlands einmalig, eine Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung, gemeinsam zwei Mal im Jahr die europapolitischen Schwerpunkte festzulegen, um sozusagen mit einer Stimme zu sprechen und sich auf für das Land relevante Aspekte zu konzentrieren. Es gehe darum, die regionalen Anliegen und Besonderheiten Schleswig-Holsteins auf die Brüsseler Ebene zu transportieren.

Der Landtagsdirektor geht davon aus, dass Schleswig-Holstein im Rahmen dieser Mittlerfunktion unter den Bundesländern von Anfang an führend gewesen sei, doch sei die Mittlerfunktion heute Konsens aller deutschen Landesparlamente und des Deutschen Bundestages. Vor diesem Hintergrund sei es zu verstehen, wenn es zu Ungehaltenheit führe, wenn die EU-Kommission deutlich mache, dass sie den Dialog, der seit vielen Jahren angeboten werde, nicht aufgreifen wolle, sondern einen Onlinedialog mit Bürgergremien an den Landesparlamenten vorbei starten wolle. Er gehe nicht davon aus, dass dies für das Gesamtprojekt Europa zuträglich sei.

Abgeordnete von Kalben macht deutlich, dass ein großes Engagement des Landes unstrittig vorhanden sei, sich auf allen Ebenen in Europa zu vernetzen. Sie habe indessen den Eindruck gewonnen, dass die europäischen Institutionen nicht von einer Durchlässigkeit des Landesparlaments zu den Bürgerinnen und Bürgern ausgingen. Es sei nötig, die Vernetztheit in die Gesellschaft hinein, was Europa betreffe, zu zeigen und dass sich die Landesparlamente eignen, der Bevölkerung Europa verständlicher zu machen.

Der Landtagsdirektor stellt klar, dass eigens deshalb der Beitrag Schleswig-Holsteins zur Konferenz zur Zukunft Europas mit einer direkten Beteiligung der Zivilgesellschaft im Rahmen einer Anhörung in Gang gesetzt worden sei. Dies sei gelobt worden, aber nicht als Zeichen für den direkten Kontakt mit der Bevölkerung wahrgenommen worden. Er habe den Eindruck, die EU versuche im Moment, ihr eigenes Legitimationsdefizit, das seit vielen Jahren bekannt sei, dadurch zu korrigieren, dass neue Wege der partizipativen Demokratie gegangen würden, die allerdings an parlamentarischen Strukturen vorbeigingen. Das könne nicht im Interesse der Landesparlamente sein. Er sehe die Gefahr, dass unnötigerweise ein Konflikt entstehe, der weder der Sache Europas noch der Rolle des Landtags förderlich sei.

Der Europaminister Schwarz schließt mit seinem Bericht an. Nach einjähriger Laufzeit habe am 9. Mai 2022 in Straßburg die Abschlussveranstaltung der Konferenz zur Zukunft Europas stattgefunden. Die Ergebnisse der Konferenz könnten sich in mehrfacher Hinsicht sehen lassen.

Erstens sei es den Vorsitzenden der EU-Institutionen – Europäisches Parlament, Europäische Kommission und Rat – gelungen, ein bislang nie dagewesenes Format der Bürgerbeteiligung in kurzer Zeit zu einem Abschluss zu bringen. Es freue ihn sehr, dass sich Schleswig-Holstein in das neuartige Konsultationsformat intensiv eingebracht habe. Neben der öffentlichen Anhörung im Landtag hätten auf Initiative des Europaministeriums und anderer europapolitischer Akteure zahlreiche Veranstaltungen unter anderem zu den Themen Nachhaltigkeit und ländliche Räume stattgefunden. Die Ergebnisse der Veranstaltungen seien auf der digitalen Plattform der Konferenz eingestellt worden, um in die Beratungen einfließen zu können.

Zweitens seien auch die inhaltlichen Ergebnisse der Konferenz beachtlich. Der Abschlussbericht enthalte 49 Vorschläge mit über 300 Einzelempfehlungen mit teils weitreichenden Anregungen zur Gestaltung der Zukunft Europas.

Der Minister merkt an, er wolle an dieser Stelle nicht verhehlen, dass die Zusammensetzung der diversen Bürgerforen, in denen die Empfehlungen erarbeitet worden seien, durchaus Anlass zur Kritik gegeben habe. So seien sowohl im Bundestag als auch in der Europaministerkonferenz die Frage nach der Repräsentativität der Ergebnisse aufgeworfen worden. Diskutiert worden sei auch, ob der Experteninput für die Erarbeitung der Empfehlungen stets ausgewogen gewesen sei. Dies seien wichtige Punkte, die nicht nur beim Folgeprozess der Konferenz, sondern bei allen Formaten der Bürgerbeteiligung im Blick behalten werden sollten, so der Minister, um die Akzeptanz partizipativer Verfahren sicherzustellen.

Minister Schwarz stellt positiv heraus, dass alle wichtigen Themen der Gegenwart im Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas aufgegriffen worden seien. So seien Nachhaltigkeit und Klimawandel, Energieversorgungssicherheit, Ernährungssicherheit, Digitalisierung, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Migration ebenso Gegenstand der Empfehlungen wie die Stärkung der Demokratie und der Schutz der europäischen Werte.

Diese Aufzählung zeige zugleich, dass auch die neuen Herausforderungen, die sich aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ergäben, Eingang in die Beratungen der Konferenz gefunden hätten.

Die Vorschläge seien durchweg integrationsfreundlich. Sie zielten ganz überwiegend auf fachpolitische Veränderungen unter Beibehaltung des bestehenden Konstrukts der EU ab, so der Europaminister, teilweise aber auch auf Vertragsänderungen, die eine weitere Verlagerung von Kompetenzen auf europäischer Ebene bedeuten würden. Die Vorschläge der Konferenz trügen damit unverkennbar die Handschrift der mitwirkenden EU-Institutionen, insbesondere des Europäischen Parlaments.

Minister Schwarz geht exemplarisch auf drei Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas ein, die zentral seien. Erstens zeige die Ukraine-Krise, dass das in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geltende Prinzip der Einstimmigkeit sozusagen ein Hemmschuh für schnelle Reaktionen der EU sei. Er halte deshalb die Empfehlungen für überlegenswert, hier auf einen Übergang zur qualifizierten Mehrheit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und eine damit einhergehende Stärkung der Fähigkeit zur Verhängung und Durchsetzung von Sanktionen zu zielen.

Zweitens habe der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verdeutlicht, wie wichtig die Wahrung der demokratischen Werte, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sei. Darüber hinaus habe der im Juli 2022 vorgelegte Bericht der Europäischen Kommission zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU den Mitgliedstaaten abermals Handlungsbedarf in den Schlüsselbereichen Unabhängigkeit der Justiz, Korruptionsbekämpfung und Medienfreiheit assistiert.

Er begrüße deshalb die Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas zur systematischen Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten. Dies betreffe etwa die Vorschläge, das Sanktionsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit praktikabler zu gestalten und vom Einstimmigkeitserfordernis für die Feststellung der Verstöße abzusehen.

Drittens sei sich die Koalition einig, dass es an der Zeit sei, das europäische Gesetzgebungsverfahren auf eine breite demokratische Basis zu stellen. Die von der Konferenz zur Zukunft Europas empfohlene Einführung eines Initiativrechts für das Europäische Parlament wäre hier-

für ein wichtiger Schritt, stellt der Europaminister fest. Dies gelte ebenso wie für die Vorschläge, die auf eine Stärkung der Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente und damit ihrer zweiten Kammern, in Deutschland also des Bundesrats, hinausliefen. Das Anliegen, den nationalen Parlamenten beziehungsweise ihren Kammern die Möglichkeit einzuräumen, Legislativvorschläge auf europäischer Ebene einzubringen, gehe auf eine Initiative Schleswig-Holsteins im Bundesrat aus dem vergangenen Herbst zurück.

Der Europaminister hebt darüber hinaus einige Punkte hervor, die von landesspezifischer Bedeutung seien. Der Abschlussbericht der Konferenz enthalte zahlreiche Empfehlungen zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die allerdings recht unkonkret seien und sich unter anderem auf die Regionalentwicklung und Gesundheitsversorgung bezögen. Für eine Bewertung bleibe das weitere Verfahren abzuwarten.

Anders stelle es sich dar, was die Vorschläge betreffe, die auf eine Ausweitung der Kompetenzen der EU im Bildungsbereich bis hin zu konkreten Vorgaben für die Lehrpläne in Schulen zielten. Der Minister stellt fest, er sehe darin einen problematischen Eingriff in die Bildungshoheit der Länder. Auch der Bundesrat habe sich hierzu mit Beschluss vom 8. Juli 2022 kritisch geäußert.

Bedauerlich sei zudem, dass sich das Thema Minderheiten in den Vorschlägen lediglich in der Forderung nach zusätzlichem Schutz von Minderheitensprachen wiederfinde. Die Empfehlungen blieben damit deutlich hinter denen der von Landesregierung und Landtag unterstützten Minority SafePack Initiative zurück.

Minister Schwarz geht auf den Folgeprozess zur Konferenz zur Zukunft Europas ein. Die Umsetzung der über 300 Empfehlungen werde durch das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und den Rat geprüft. Nach aktuellem Stand solle es Ende November oder Anfang Dezember 2022 eine gemeinsame Feedbackkonferenz der drei EU-Institutionen geben, um mit Bürgerinnen und Bürgern die bereits ergriffenen und noch geplanten Umsetzungsmaßnahmen zu erörtern.

In Vorbereitung auf diese Konferenz werde die Europäische Kommission bereits im September 2022 anlässlich der Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union die ersten neuen Initiativen zur Umsetzung der Empfehlungen vorstellen.

Minister Schwarz hebt noch einmal hervor, dass einige Vorschläge der Konferenz, etwa die Empfehlungen zur Einführung eines Initiativrechts des Europäischen Parlaments und zur Änderung des Artikel 7 Verfahren zur Sanktionierung von Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit, einer Vertragsänderung bedürften. Vertragsänderungen seien indessen auf absehbare Zeit nicht denkbar, da darüber am Ende die Mitgliedstaaten einstimmig zu entscheiden hätten. Zwar habe sich das Europäische Parlament bereits in mehreren Entschlüssen, zuletzt im Juni 2022, für die Einberufung des Konvents zur Einleitung von Vertragsänderungen ausgesprochen und konkrete Textentwürfe vorgelegt. Zwischen den Mitgliedstaaten gebe es jedoch zu dieser Frage keinen Konsens. Während sich die Bundesregierung gemeinsam mit den anderen Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft grundsätzlich offen für eine Vertragsrevision gezeigt habe, werde dieser Schritt von zwölf anderen Mitgliedstaaten abgelehnt.

Die Überlegungen des amtierenden tschechischen EU-Ratsvorsitzes gingen deshalb dahin, effizientere Abstimmungsverfahren im Rat unterhalb der Schwelle von Vertragsänderungen zu initiieren. Durch Nutzung der in den Verträgen bereits vorhandenen sogenannten Brückenklauseln könnte beispielsweise der Übergang zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erreicht werden.

Der Europaminister stellt in Aussicht, dass sein Haus auch den Folgeprozess zur Konferenz zur Zukunft Europas über den Bundesrat und die Europaministerkonferenz eng begleiten werde. Darüber hinaus habe das Europaministerium angedacht, einen Austausch über die Ergebnisse der Konferenz mit schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlichen Formaten zu ermöglichen.

3. Mündlicher Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze, insbesondere mit Fokus auf der Situation von Grenzpendlern und Familien

Antrag der Fraktion des SSW
[Umdruck 20/69](#)

Abgeordnete Nitsch begründet ihren Berichtsantrag mit den massiven Einschränkungen des Grenzverkehrs zwischen Dänemark und Deutschland, zu denen es in den letzten Monaten gekommen sei. Die Situation habe sich auf Ebene der Kommunen sehr verschlechtert. Sie bitte um einen aktuellen Stand zur Frage der Grenzkontrollen und hinsichtlich der Gespräche mit den dänischen Partnern sowie um Auskünfte zur Länge von Staus und Wartezeiten an der Grenze.

Europaminister Schwarz berichtet über die aktuelle Situation und Maßnahmen gegen Staus an der deutsch-dänischen Grenze (siehe [Umdruck 20/93](#)).

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Nitsch antwortet Minister Schwarz, offizielle Gespräche mit Dänemark seien perspektivisch geplant. Der Dänemark-Bevollmächtigte der Landesregierung habe indessen schon Gespräche in den Grenzregionen mit den Kommunen und auch mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. Dies habe einige mediale Aufmerksamkeit mit sich gebracht, und darüber bestehe die Möglichkeit, auf informeller Basis Interesse für das Thema zu erregen.

Abgeordnete Nitsch fragt im Hinblick auf bevorstehende Ferien, ob es Minister Schwarz möglich sei, zuzusichern, dass Gespräche binnen der nächsten acht Wochen geführt würden. – Minister Schwarz wiederholt, derzeit seien keine Gespräche angesetzt. Er nehme die Anregung dazu mit.

Eine weitere Frage der Abgeordneten Nitsch beantwortet der Minister dahin gehend, dass er die Anregung, Kontakt zur Bundesebene (Bundesministerium, Autobahngesellschaft des Bundes) herzustellen, um die Situation der Anwohnerinnen und Anwohner an der Grenze zu erleichtern, in die Fachabteilung mitnehme.

Abgeordneter Dr. Garg weist darauf hin, dass neben pragmatischen Ansätzen, um die alltägliche Situation in der Grenzregion zu erleichtern, das Grundprinzip gewahrt werden und das

Ziel sein müsse, die Grenzkontrollen zu beenden. – Minister Schwarz versichert, dass er persönlich und auch die Landesregierung zum Schengener Abkommen stünden. Die Aufhebung der Grenzkontrollen sei eine klare Forderung. Einzeläußerungen anderer Kabinettsmitglieder hierzu kommentiere er nicht.

Abgeordnete Pauls betont für die SPD-Fraktion ebenfalls, gegen jegliche Grenzkontrollen zu sein. Sie erkundigt sich, ob die Landesregierung neben Ellund auch an den anderen größeren Grenzübergängen etwas unternehme. – Minister Schwarz stellt noch einmal dar, dass das Ziel eine schnelle verkehrstechnische Maßnahme sei, um den direkten verkehrlichen Druck mithilfe einer sogenannten Fast Lane abzubauen.

Abgeordnete Pauls fragt nach Maßnahmen, die die Landesregierung gegebenenfalls ergriffen habe, um die Bevölkerung auch abseits offizieller Grenzübergänge vor vermehrtem Verkehr zu schützen. – Minister Schwarz geht darauf ein, die Belastung der Bürgerinnen und Bürger in den Nebenbereichen zu den Hauptgrenzübergängen sei hoch. An der Stelle lasse sich aber keine schnelle Entlastung durch verkehrstechnische Maßnahmen versprechen, unter anderem aufgrund der Planungsdauer für Straßenbauprojekte.

Frau Nadolny, Referatsleiterin im Verkehrsministerium im Bereich des Straßenbetriebs, ergänzt, die Straßenbauverwaltung sei seit 2016 mit der Landespolizei und den Verkehrsbehörden stetig in Gesprächen gewesen, um Verbesserungen am Grenzübergang Ellund zu erreichen. Entständen dort lange Staus, würden auch die anderen Grenzübergänge in Mitleidenschaft gezogen. Es sei geplant, einen zweiten Grenzposten zu errichten, damit zwei Fahrspuren zur Verfügung stünden, auf dass eine davon nicht für den Lkw-Verkehr genutzt würde. Darüber hinaus lasse sich kurzfristig nur für die Gemeinde Harrislee noch Abhilfe bei der Verkehrsbelastung schaffen. Es ließen sich Zusatzschilder aufstellen, um den Verkehr auf die Ortsumgehung umzuleiten, die nicht vollumfänglich genutzt werde. Insofern als die verkehrstechnischen Maßnahmen mit dem, was in den letzten Jahren gemeinsam erarbeitet worden sei, „am Ende der Fahnenstange“ seien, sei langfristig die Einhaltung des Schengener Abkommens nötig.

Abgeordneter Timmer erkundigt sich, wie die Landesregierung zu rechtlichen Schritten mit dem Ziel stehe, die Einhaltung des Schengener Abkommens zu erwirken. – Minister Schwarz antwortet, dass er mit Aussagen zur Einleitung rechtlicher Schritte sehr zurückhaltend sei. Er setze auf das Gespräch des Ministerpräsidenten mit der dänischen Landesregierung im Herbst

2022 in Kopenhagen. Danach werde das weitere Vorgehen im Kabinett sicherlich besprochen werden.

Abgeordnete von Kalben weist darauf hin, dass es sich um ein Problem handele, das immer wieder in verschiedenen Konstellationen aufkomme. Sie gehe davon aus, dass auch diese Landesregierung alles, was Schleswig-Holstein tun könne, dafür zu tun bereit sei, dass es wieder zu einem Leben ohne Grenzkontrollen komme. – Minister Schwarz stimmt dem zu.

Abgeordneter Vöge dankt seitens der CDU-Fraktion für die Ausführungen und nimmt an, dass die Landesregierung sich für die Abschaffung der Grenzkontrollen zweifellos einsetzen werde.

4. Benennung der Ständigen Vertreterin oder des Ständigen Vertreters im Dialogforum Norden (DFN)

Nach kurzer Aussprache benennt der Ausschuss einstimmig Abgeordnete Pauls als ständige Vertreterin im Dialogforum Norden (DFN) sowie Abgeordneten Krüger als ihren Stellvertreter.

5. Entwurf des Terminplans für das zweite Halbjahr 2022

[Umdruck 20/18](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Sitzungstermine 2022 ([Umdruck 20/91](#)).

6. Verschiedenes

Der Ausschuss fasst ins Auge, im ersten Quartal 2023 eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen und in einer nächsten Sitzung mögliche Programmpunkte anzusprechen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzende

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin